

Mitteilungsblatt

Amtliches Bekanntmachungsblatt

des Amtes Südangeln und der Gemeinden Böklund, Brodersby-Goltoft, Havetoft, Ildstedt, Klappholz, Neuberend, Nübel, Schaalby, Stolk, Struxdorf, Süderfahrendstedt, Taarstedt, Tolk, Twedt und Uelsby



Nr. 36

Böklund, 13. September 2019

13. Jahrgang

Inhalt

Seite

Bekanntmachung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung im Bebauungsgebiet Schmiedestraße der Gemeinde Twedt vom 04.09.2019 (Gebührensatzung) Korrigierte Fassung der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt Nr. 35 vom 06. September 2019	327 – 333
Bekanntmachung der Satzung über die Abwasserbeseitigung im Bebauungsgebiet -Schmiedestraße- der ,Gemeinde Twedt	334 - 344
Bekanntmachung des 1. Nachtrags zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Süderfahrendstedt vom 09.04-2019	345
Bekanntmachung der Sitzung der Gemeindevertretung Struxdorf am 18. September 2019 -Änderung der Tagesordnung –	346
Bekanntmachung der Sitzung der Gemeindevertretung Klappholz am 19. September 2019	347 – 348
Bekanntmachung der Sitzung der Gemeindevertretung Ildstedt am 23. September 2019	349
Bekanntmachung der Sitzung der Gemeindevertretung Brodersby-Goltoft am 25. September 2019	350 - 351
Bekanntmachung der Sitzung des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung des Schulverbandes Auenwaldschule Böklund am 23. September 2019	352
Bekanntmachung der Sitzung des Bau- und Wegeausschusses der Gemeinde Twedt am 24. September 2019	353

Das Mitteilungsblatt erscheint am Freitag jeder Woche, sofern Veröffentlichungen vorliegen. Fällt das Erscheinungsdatum auf einen Feiertag, so erscheint das Mitteilungsblatt am davor liegenden Werktag. Das Mitteilungsblatt ist beim Amt Südangeln zu folgenden Bezugsbedingungen erhältlich:
Abonnement: Vierteljährlich 12,50 Euro einschließlich Porto.
Einzelbezug: Durch Abholung bei der Amtsverwaltung zu 0,50 Euro pro Ausgabe.

Das Mitteilungsblatt ist auch als PDF-Datei unter <http://amt-suedangeln.de/bekanntmachungen> abrufbar.

SATZUNG

über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung im Bebauungsgebiet Schmiedestraße der Gemeinde Twedt vom 04.09.2019 (Gebührensatzung)

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), der §§ 1, 2, 4, 6 und 18 Absatz 2 Nummer 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG), des § 31 des Wassergesetzes des Landes Schleswig-Holstein (Landeswassergesetz), der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes (AG-AbwAG) und des § 20 der Abwassersatzung der Gemeinde Twedt vom 21.09.1999 – jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung – wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Twedt vom 04.09.2019 folgende Satzung erlassen:

INHALTSÜBERSICHT

- I. Abschnitt: Allgemeines**
 - § 1 Allgemeines

- II. Abschnitt: Abwassergebühren**
 - § 2 Grundsatz
 - § 3 Gebührenmaßstab für die Abwasserbeseitigung
 - § 4 Erhebungszeitraum
 - § 5 Entstehung des Gebührenanspruches
 - § 6 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht
 - § 7 Gebührenpflichtige
 - § 8 Veranlagung und Fälligkeit
 - § 9 Gebührensätze

- III. Abschnitt: Schlussbestimmungen**
 - § 10 Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht
 - § 11 Datenverarbeitung
 - § 12 Ordnungswidrigkeiten
 - § 13 Inkrafttreten

I. Abschnitt Allgemeines

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Gemeinde betreibt die Abwasserbeseitigung nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung im Bebauungsgebiet – Schmiedestraße - (Abwasserbeseitigungssatzung) vom 21.09.1999 als eine selbständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung.

- (2) Die Gemeinde erhebt nach Maßgabe dieser Satzung Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen (Abwassergebühren).

- (3) Die Benutzungsgebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.

II. Abschnitt Abwassergebühren

§ 2 Grundsatz

- (1) Für die Vorhaltung und die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen werden Abwassergebühren für die Grundstücke erhoben, die an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen sind oder in diese entwässern.
- (2) Die Abwassergebühren werden zur Deckung der Kosten der laufenden Verwaltung und Unterhaltung der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen einschließlich der Verzinsung des aufgewendeten Kapitals und der Abschreibung erhoben.
- (3) Für die Niederschlagswasserbeseitigung wird eine Gebühr nicht erhoben.

§ 3 Gebührenmaßstab für die Abwasserbeseitigung

- (1) Die Benutzungsgebühr für die Abwasserbeseitigung wird in Form einer Grund- und Zusatzgebühr erhoben.
- (2) Die Grundgebühr wird je Buchgrundstück erhoben.
- (3) Die Zusatzgebühr für die Abwasserbeseitigung wird nach der Abwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt. Berechnungseinheit für die Gebühr ist 1 cbm Abwasser.
- (4) Als in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt gelten
- a) die dem Buchgrundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
 - b) die auf dem Buchgrundstück gewonnene und dem Buchgrundstück sonst zugeführte Wassermenge,
 - c) die tatsächliche eingeleitete Abwassermenge bei Bestehen einer Abwassermesseinrichtung.
- (5) Hat ein Wasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wasser- bzw. Abwassermenge von der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln unter Zugrundelegung des Verbrauchs bzw. der Einleitungsmenge des Vorjahres und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.

- (6) Die Abwassermenge nach Abs. 4 Buchstabe a), die aus privaten Wasserversorgungsanlagen entnommen wurde, und die Wassermenge nach Abs. 4 Buchstabe b) hat der Gebührenpflichtige der Gemeinde oder dem Amt Südangeln für den Erhebungszeitraum (§ 4) bis zum Ablauf des Erhebungszeitraums anzuzeigen. Sie sind durch Wasserzähler nachzuweisen, die die / der Gebührenpflichtige auf ihre / seine Kosten einbauen muss. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Wenn die Gemeinde auf solche Messeinrichtungen verzichtet, kann sie als Nachweis über die Wassermengen prüfbare Unterlagen verlangen. Sie ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können.
- (7) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigung gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt. Der Antrag für ein Abrechnungsjahr ist bis zum Ablauf des Erhebungszeitraums zu stellen. Für den Nachweis gilt Abs. 6 sinngemäß. Zusätzliche Wasserzähler sind an Stellen einzubauen, hinter denen nur Wasser entnommen wird, das nicht der Abwasserbeseitigungsanlage zugeführt wird. Die Gemeinde kann nach Anhörung des Antragstellers auf dessen Kosten Gutachten anfordern. Zuviel erhobene Gebühren sind zu verrechnen oder zu erstatten.
- (8) Lässt die / der Gebührenpflichtige bei privaten Versorgungsanlagen keinen Wasserzähler einbauen, ist die Gemeinde / das Amt Südangeln berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführte Wassermenge zu schätzen. Maßgebend für die Schätzung der Schmutzwassermenge ist die Anzahl der Personen, die zu Beginn des Erhebungszeitraums mit Hauptwohnung für das entsprechende Grundstück gemeldet sind.

§ 4

Erhebungszeitraum

- (1) Erhebungszeitraum bzw. Abrechnungsjahr ist ab 01.10.2019 die Zeit vom 01.10.2019 bis zum 31.12.2020.
- (2) Erhebungszeitraum bzw. Abrechnungsjahr ist ab 01.01.2021 die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12. eines Jahres.

§ 5

Entstehung des Gebührenanspruches

- (1) Der Gebührenanspruch entsteht mit der Inanspruchnahme durch die Einleitung. Die Abrechnung entstandener Ansprüche erfolgt jährlich (§ 4); vierteljährlich werden Vorauszahlungen erhoben (§ 8).
- (2) Wechselt der Gebührenschuldner während des Jahres, entsteht der Anspruch damit für den abgelaufenen Teil des Jahres. Bis zur Anzeige des Wechsels sind der bisherige und der neue Gebührenschuldner Gesamtschuldner.

§ 6

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Die Gebührenpflicht für die Grundgebühr entsteht zu Beginn eines Abrechnungsjahres spätestens jedoch mit dem Tag des betriebsfertigen Anschlusses des Buchgrundstückes an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage.
- (2) Die Gebührenpflicht für die Zusatzgebühr entsteht, sobald das Buchgrundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist und der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage von dem Buchgrundstück Abwasser zugeführt wird.
- (3) Die Gebührenpflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem der Anschluss an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage entfällt oder die Zuführung von Schmutzwasser endet und dies der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln schriftlich mitgeteilt wird.

§ 7

Gebührenpflichtige

- (1) Gebührenpflichtig ist der / die Eigentümer/in des Grundstücks, bei Wohnungs- oder Teileigentum der / die Wohnungs- und Teileigentümer/in. Ist das Grundstück mit Erbbaurecht belastet, ist der / die Erbbauberechtigte anstelle der Eigentümerin / des Eigentümers gebührenpflichtig. Die Wohnungs- und Teileigentümer einer Eigentümergemeinschaft sind Gesamtschuldner der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Gebühren. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.
- (2) Beim Wechsel der / des Gebührenpflichtigen geht die Gebührenpflicht mit Beginn des auf den Übergang folgenden Monats auf die / den neuen Pflichtige/n über. Wenn die / der bisherige Gebührenpflichtige die Mitteilung über den Wechsel (§ 10) versäumt hat, so haftet sie / er für die Gebühren, die für den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung bei der Gemeinde entfallen, neben der / dem neuen Pflichtigen.

§ 8

Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die Gebühren werden durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden kann, festgesetzt.
- (2) Die Gebühr wird nach der Menge des im vorhergehenden Abrechnungsjahr anfallenden Abwassers vorläufig berechnet. Das vorhergehende Abrechnungsjahr wird gleichzeitig endgültig abgerechnet.
- (3) Bestand im Vorjahr noch keine Gebührenpflicht oder hat sich der Benutzungsumfang seitdem wesentlich geändert, wird die zugrunde zulegende Abwassermenge geschätzt.

- (4) Bei Beendigung der Gebührenpflicht oder bei einem Wechsel des Gebührenpflichtigen wird unverzüglich die zugeführte Abwassermenge ermittelt und abgerechnet.
- (5) Auf die nach Ablauf des Erhebungszeitraumes festzusetzenden Gebühren sind Vorauszahlungen zu leisten, deren Höhe auf Grundlage der Berechnungsdaten des Vorjahres festgesetzt wird. Die Vorauszahlung wird in Vierteljahresbeträgen jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November fällig. Die durch bisherigen Bescheid festgesetzten Vierteljahresbeträge sind innerhalb des nächsten Jahres zu den angegebenen Zeitpunkten so lange zu zahlen, wie der neue Bescheid noch nicht erteilt worden ist.
- (6) Bei der Neuveranlagung ist die Gebühr für verstrichene Fälligkeitszeitpunkte innerhalb von 14 Tagen nach der Bekanntgabe des Bescheides fällig. Dasselbe gilt für die Abrechnung von Schätzungen.

§ 9 Gebührensatz

- (1) Die Abwassergebühr für die Buchgrundstücke, die an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen sind, setzt sich zusammen aus:

a) monatliche Grundgebühr: 13,00 € / pro Buchgrundstück

b) monatliche Grundgebühr: 13,00 € / für weitere Wohnungen

in einem Gebäude oder weitere Wohngebäude auf einem Grundstück, die über einen Abwasseranschluss nach Buchstabe a) mit entsorgt werden

c) Zusatzgebühr: 3,83 € / cbm Schmutzwasser.

III. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 10 Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht

- (1) Die Gebührenpflichtigen haben der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlich ist. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Sind auf dem Grundstücks Anlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen (z. B. grundstückseigene Brunnen, Wasserzuführungen, Wasser- oder Abwassermessvorrichtungen), so hat der Gebührenpflichtige dies unverzüglich der Gemeinde schriftlich anzuzeigen; dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen,

geändert oder beseitigt werden. Beauftragte der Gemeinde bzw. des Amtes Südangeln dürfen nach Maßgabe der Abgabenordnung Grundstücke betreten, um Bemessungsgrundlagen für die Abgabenerhebung festzustellen oder zu überprüfen; die Gebührenpflichtigen haben dies zu ermöglichen.

§ 11 Datenverarbeitung

- (1) Zur Ermittlung der Gebührenpflichtigen und zur Festsetzung der Gebühren im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten, die aus der Prüfung des gemeindlichen Vorkaufsrechts nach §§ 24 bis 28 BauGB und § 3 WoBauErlG der Gemeinde bekannt geworden sind, sowie aus dem Grundbuchamt, den Unterlagen der unteren Bauaufsichtsbehörde und des Katasteramtes durch die Gemeinde zulässig. Die Gemeinde darf sich diese Daten von den genannten Ämtern und Behörden übermitteln lassen und zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiter verarbeiten.
- (2) Soweit die Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung selbst betreibt, ist sie berechtigt, die im Zusammenhang mit der Wasserversorgung angefallenen und anfallenden personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten und Wasserverbrauchsdaten für Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiter zu verarbeiten.
- (3) Soweit die Gemeinde sich bei der öffentlichen Wasserversorgung eines Dritten bedient oder in der Gemeinde die öffentliche Wasserversorgung durch einen Dritten erfolgt, ist die Gemeinde berechtigt, sich die zur Feststellung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlichen personenbezogenen und grundstücksbezogenen Daten und Wasserverbrauchsdaten von diesen Dritten mitteilen zu lassen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung weiter zu verarbeiten.
- (4) Die Gemeinde ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Gebührenpflichtigen und von nach den Absätzen 1 bis 3 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Gebührenpflichtigen mit den für die Gebührenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Gebührenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiter zu verarbeiten.

§ 12 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Zuwiderhandlungen gegen Pflichten nach § 10 der Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des KAG.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 500,00 € geahndet werden.

**§ 13
Inkrafttreten**

- (1) Diese Satzung tritt zum 01.10.2019 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung vom 21.09.1999, veröffentlicht im
Mitteilungsblatt Nr. 25 vom 01.10.1999, Seite 106 – 108, außer Kraft.

**§ 6
Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig nach § 18 Abs. 2 Nr. 2 des Kommunalabgabengesetzes
handelt, wer entgegen § 4 Abs. 3 Auskünfte nicht erteilt oder nicht duldet,
dass Beauftragte der Gemeinde Twedt das Grundstück betreten, um die
Bemessungsgrundlagen festzustellen oder zu überprüfen.

Twedt, den 04.09.2019

(Siegel)

Bürgermeister

Veröffentlicht im Mitteilungsblatt des Amtes Südangeln Nr. vom , Seite

SATZUNG

über die Abwasserbeseitigung im Bebauungsgebiet -Schmiedestraße- der Gemeinde Twedt

Aufgrund des § 4 Abs. 1 und 2, § 27, § 28 Abs. 1 Nr. 2 und § 134 Abs. 5 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. 2003, Seite 57), zuletzt geändert durch Gesetz vom 04.01.2018 (GVOBl. S. 6) i.V.m. den §§ 30, 31, 33 und 144 Abs. 2 des Wassergesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LWG) in der Fassung vom 11.02.2008, zuletzt geändert am 16.01.2019 (GVOBl. S. 30), § 9 Abs. 5 des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG) in der Fassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 22.08.2018 (BGBl. I S. 1327), der Strahlenschutzverordnung vom 29.11.2018 (BGBl. I S. 2034, 2036), § 3 Abs. 1 des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Landesdatenschutzgesetz (LDSG)) in der Fassung vom 02.05.2018 (GVOBl. 162) und Artikel 6, Abs. 1 und Abs. 3 der Verordnung (EU) 2016/679 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27.04.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) in der zurzeit geltenden Fassung (Amtsblatt L 119 vom 04.05.2016, S1, ber. Amtsblatt L 314 vom 22.11.2016, S. 72, Amtsblatt L 127 vom 23.05.2018, S. 2), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung Twedt vom 04.09.2019 folgende Satzung erlassen:

I. Abschnitt Allgemeine Bestimmungen

§1 Allgemeines

- (1) Die Gemeinde Twedt betreibt nach Maßgabe dieser Satzung zur Beseitigung des im Bebauungsgebiet Schmiedestraße, Schmiedestraße Hausnummer 1 -12, anfallenden Abwassers eine rechtlich selbstständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Schmutzwasserbeseitigung.
- (2) Die Abwasserbeseitigung umfasst die Ableitung des in Abwasseranlagen eingeleiteten Abwassers sowie dessen Behandlung in der Kläranlage. Die Abwasserbeseitigung erfolgt mittels zentraler Kanalisations- und Abwasserreinigungsanlagen im Trennverfahren.

Die Gemeinde Twedt schafft die für die Abwasserbeseitigung erforderlichen Anlagen und Einrichtungen, und zwar das Kanalnetz sowie alle Mitnutzungsrechte an Anlagen zur Abwasserbeseitigung.

Die Gemeinde kann zur Erfüllung ihrer Aufgaben Anlagen und Einrichtungen Dritter in Anspruch nehmen oder Dritte mit der Durchführung beauftragen.

Die Gemeinde hat einen Vertrag über die Abnahme von Schmutzwasser aus dem Bebauungsgebiet „Schmiedestraße“ mit einem Abwasserentsorgungsunternehmen geschlossen. Die Gemeinde leitet das Schmutzwasser in das Kanalnetz des Unternehmens ein. Das Unternehmen wiederum leitet das Schmutzwasser zur Reinigung in die Kläranlage der Stadt Schleswig ein.

- (3) Zu den Abwasseranlagen gehören auch:
 1. die Grundstücksanschlusskanäle vom öffentlichen Abwasserkanal (Sammler) einschl. Reinigungs-/Revisionsschacht unmittelbar hinter der Grundstücksgrenze,
 2. bei der Anwendung von Sonderentwässerungsverfahren (Vakuum- und Druckentwässerung) die Hausanschlusskanäle von der Grundstücksgrenze bis einschließlich des Vakuum-Übergangschachtes beziehungsweise der Grundstückspumpstation sowie die zur Überwachung und Steuerung der Grundstücksentwässerung erforderlichen Einrichtungen,
 3. Gräben und solche Gewässer, die aufgrund der vorgeschriebenen wasserrechtlichen Verfahren Bestandteil der Abwasseranlage geworden sind und
 4. die von Dritten errichteten und unterhaltenen Anlagen, wenn sich die Gemeinde ihrer Abwasserbeseitigung bedient und zu ihrer Unterhaltung beiträgt (siehe § 1 Absatz 3).

- (4) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlagen sowie den Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Verbesserung und Sanierung bestimmt die Gemeinde Twedt im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht; entsprechendes gilt für Einrichtungen und Vorkehrungen, die für die Aufgabenerfüllung nach Abs. 2 erforderlich sind.
- (5) Ein Rechtsanspruch auf Herstellung, Erweiterung oder Änderung öffentlicher Abwasseranlagen besteht nicht.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) **Abwasser** im Sinne dieser Satzung ist das durch häusliche Gebrauch verunreinigte Wasser und das durch gewerblichen, industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch verunreinigte oder sonst in seinen Eigenschaften veränderte Wasser. Ausgenommen ist das durch landwirtschaftlichen Gebrauch verunreinigte Wasser, das dazu bestimmt ist, auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Böden aufgebracht zu werden, sowie Jauche und Gülle.
- (2) **Grundstück** im Sinne dieser Satzung ist grundsätzlich das Grundstück im Sinne des bürgerlichen Rechts.
- (3) **Grundstücksentwässerungsanlagen** sind alle Anlagen zur Abwasserbeseitigung, soweit sie nicht Bestandteil einer öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung sind, im Falle der zentralen Abwasserbeseitigung sind dies insbesondere die Hausanschlussleitung, Hebeanlagen, Absperrvorrichtungen usw. auf dem privaten Grundstück.
- (4) **Grundstücksanschluss** (Grundstücksanschlusskanal / Grundstücksanschlussleitung) ist die Verbindungsleitung vom öffentlichen Abwasserkanal (Sammler) bis zum ersten Reinigungsschacht auf dem zu entwässernden Grundstück. Bei Hinterliegergrundstücken endet der Grundstücksanschluss mit dem Reinigungsschacht auf dem trennenden oder vermittelnden Grundstück; Reinigungsschächte für Hinterliegergrundstücke sind sowohl auf dem Anliegergrundstück als auch auf dem zu entwässernden Hinterliegergrundstück anzubringen. Ist ein Reinigungsschacht nicht vorhanden, endet der Grundstücksanschluss 1 Meter hinter der Grundstücksgrenze, im Falle des Satzes 2 der Grundstücksgrenze des vermittelnden oder trennenden Grundstücks.

§ 3 Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Grundstückseigentümer eines im Gebiet des Bebauungsgebietes liegenden Grundstücks ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, von der Gemeinde Twedt zu verlangen, dass sein Grundstück an die bestehende öffentliche Abwasseranlage angeschlossen wird (Anschlussrecht).
- (2) Nach der betriebsfertigen Herstellung des Anschlusskanals hat der Anschlussberechtigte vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung das Recht, die auf seinem Grundstück anfallenden Abwässer in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten bzw. dieser zuzuführen, wenn und soweit nicht anderweitige Rechtsvorschriften die Einleitung oder Zuführung einschränken oder verbieten (Benutzungsrecht).

§ 4 Begrenzung des Anschlussrechts

- (1) Das Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die an einen betriebsfertigen öffentlichen Abwasserkanal angeschlossen werden können. Dazu muss der öffentliche Anschlusskanal in unmittelbarer Nähe des Grundstücks oder auf dem Grundstück verlaufen. Die Gemeinde kann den Anschluss auch in anderen Fällen zulassen, wenn hierdurch das öffentliche Wohl nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Die Gemeinde Twedt kann den Anschluss ganz oder teilweise widerrufen oder versagen, wenn
 1. das Abwasser wegen seiner Art oder Menge nicht zusammen mit den in Haushaltungen anfallenden Abwässern beseitigt werden kann oder

2. eine Übernahme des Abwassers technisch nicht möglich oder wegen des unverhältnismäßig hohen Aufwandes nicht vertretbar ist.

Dies gilt nicht, wenn der Grundstückseigentümer sich im Vorwege schriftlich verpflichtet, die entstehenden Mehrkosten für den Bau und Betrieb zu tragen und dafür auf Verlangen Sicherheit leistet.

- (3) In den nach dem Trennverfahren entwässerten Gebieten darf den Kanälen und Hausanschlussleitungen kein Niederschlagswasser geführt werden. Die Einleitung von Niederschlagswasser ist untersagt und bei der Herstellung des Hausanschlusses zu unterbinden.

§ 5

Begrenzung des Benutzungsrechts

- (1) Für die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen gelten die in den Abs. 2 - 9 geregelten Einleitungsbedingungen. Wenn eine Einleitung gemäß § 33 Landeswassergesetz genehmigt wird, treten die in der Genehmigung vorgegebenen Werte an die Stelle der in den nachfolgenden Absätzen festgelegten Einleitungsbedingungen. Eine aufgrund des § 33 Landeswassergesetz erteilte Einleitungsgenehmigung ersetzt für ihren Geltungsumfang die Einleitungsgenehmigung nach dieser Satzung.

- (2) Alle Abwässer dürfen nur über die Grundstücksentwässerungsanlage eingeleitet werden. Die Gemeinde Twedt entscheidet über die technischen Erfordernisse dieser Grundstücksentwässerungsanlage.

Grundwasser, Quellwasser und Drainwasser aus landwirtschaftlichen Drainagen dürfen nicht eingeleitet werden. Die Einleitung von unbelastetem Drainwasser aus Hausdrainagen ist auf Antrag des Grundstückseigentümers mit vorheriger Zustimmung der Gemeinde zulässig. Die Gemeinde regelt hierfür die Bedingungen und Auflagen im Einzelfall.

- (3) Der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung darf nur Abwasser zugeführt werden. Es ist insbesondere verboten solche Stoffe einzuleiten, die
 - die Kanalisation verstopfen oder zu Ablagerungen führen,
 - giftige, übel riechende oder explosive Dämpfe oder Gase bilden,
 - Bau- und Werkstoffe in stärkerem Maße angreifen sowie
 - die Abwasserreinigung und/oder die Schlammabreinigung erschweren.

Hierzu gehören insbesondere folgende Stoffe:

- Schutte, Asche, Glas, Sand, Müll, Küchenabfälle, Treber, Hefe, Borsten, Lederreste, Fasern, Kunststoffe, Textilien, grobes Papier u.ä. (diese Stoffe dürfen auch in zerkleinertem Zustand nicht eingeleitet werden);
- Kunstharz, Lacke, Latexreste, Zement, Kalkhydrat, Gips, Mörtel, flüssige und später erhärtende Abfälle sowie Bitumen und Teer und deren Emulsionen;
- Jauche, Gülle, Mist, Düngemittel, Silagesickersaft, Blut und Molke;
- Kaltreiniger, die chlorierte Kohlenwasserstoffe enthalten oder die die Ölabscheidung verhindern;
- Benzin, Heizöl, Schmieröl, tierische und pflanzliche Öle und Fette einschließlich des durch diese Stoffe verunreinigten Waschwassers; Säuren und Laugen (zulässiger pH-Bereich 6,5 bis 9,0), chlorierte Kohlenwasserstoffe, Phosgen, Schwefelwasserstoff; Blausäure und Stickstoffwasserstoffsäure sowie deren Salze; Carbide, die Acetylen bilden; ausgesprochen toxische Stoffe.

Falls Stoffe dieser Art in stark verdünnter Form anfallen und dabei die in Absatz 5 genannten Einleitungswerte nicht überschritten werden, gilt das Einleitungsverbot nicht; das Verdünnungs- und Vermischungsverbot des Abs. 7 bleibt von dieser Regelung unberührt.

Auf Grundstücken auf denen Benzin, Benzol, Öle oder Fette anfallen, sind grundsätzlich Vorrichtungen zur Abscheidung dieser Stoffe aus dem Abwasser (Abscheider) einzubauen. Für die Art und den Einbau dieser Abscheider sind die jeweils gültigen DIN-Vorschriften einzuhalten.

- (4) Abwasser mit radioaktiven Inhaltsstoffen darf nur eingeleitet werden, wenn es der Strahlenschutzverordnung vom 29.11.2018 (BGBl. I S. 2034, 2036) entspricht.
- (5) Abwässer - insbesondere aus Industrie -und Gewerbebetrieben oder vergleichbaren Einrichtungen (z.B. Krankenhäuser) - dürfen, abgesehen von den übrigen Begrenzungen des Benutzungsrechts, nur eingeleitet werden, wenn sie in der Stichprobe folgende Einleitungswerte nicht überschreiten:

1.	Allgemeine Parameter		
	a) Temperatur		35° C
	b) pH-Wert		wenigstens 6,5 höchstens 9,5
	c) Absetzbare Stoffe		
	nur soweit eine Schlammab- scheidung aus Gründen der ordnungsgemäßen Funktions- weise der öffentlichen Abwasser- anlage erforderlich ist:		6 ml/l, nach 0,5 Std. Absetzzeit
	Zur Kontrolle anderer Parameter können auch niedrigere Werte festge- legt werden, wie z.B. 0,3 ml/l für toxische Metallhydroxide.		
2.	Verseifbare Öle, Fette und Fettsäuren		250 mg/l
3.	Kohlenwasserstoffe		
	a) direkt abscheidbar		DIN 1999 (Abscheider für (DIN 38409 Teil
	19) Leichtflüssigkeiten)		beachten. Entspricht bei
	richtiger Dimensionierung		annähernd 150 mg/l KW.
	b) soweit eine über die Abscheidung von Leichtflüssigkeiten hinaus- gehende Entfernung von Kohlen- wasserstoffen erforderlich ist:		
	Kohlenwasserstoff, gesamt (gem. DIN 38409 Teil 18)		20 mg/l
4.	Organische halogenfreie Lösemittel mit Wasser ganz oder teilweise misch- bar und biologisch abbaubar: Ent- sprechend spezieller Festlegung, jedoch Richtwert auf keinen Fall größer als er der Löslichkeit entspricht oder als 5 g/l		
5.	Anorganische Stoffe (gelöst und ungelöst)		
	a) Arsen (As)		1 mg/l
	b) Blei (Pb)		2 mg/l
	c) Cadmium (Cd)		0,5 mg/l
	d) Chrom 6wertig (Cr)		0,5 mg/l
	e) Chrom (Cr)		3 mg/l
	f) Kupfer (Cu)		2 mg/l
	g) Nickel (Ni)		3 mg/l
	h) Quecksilber (Hg)		0,05 mg/l
	i) Selen (Se)		1 mg/l
	j) Zink (Zn)		5 mg/l
	k) Zinn (Sn)		5 mg/l
	l) Cobalt (Co)		5 mg/l
	m) Silber (Ag)		2 mg/l
6.	Anorganische Stoffe (gelöst)		
	a) Stickstoff aus		
	Ammonium und Ammoniak (NH ₄ -N+NH ₃ -N)		
	80 mg/l		<5000 EG
	200 mg/l		>5000 EG
	b) Cyanid, gesamt		20 mg/l
	c) Fluorid (F)		60 mg/l

d) Nitrit, falls größere Frachten anfallen	(NO ₂ -N)	10 mg/l
e) Sulfat	(SO ₄)	600 mg/l
f) Phosphorverbindungen	(P)	15 mg/l

7. Organische Stoffe

- a) wasserdampfflüchtige halogenfreie Phenole (als C₆ H₅ OII) 100 mg/l
- b) Farbstoffe

Nur in einer so niedrigen Konzentration, dass der Vorfluter nach Einleitung des Ablaufs einer mechanisch-biologischen Kläranlage visuell nicht mehr gefärbt erscheint, z.B. für roten Farbstoff:
Extinktion 0,55 cm⁻¹

8. Spontan sauerstoffverbrauchende Stoffe gemäß Deutschen Einheitsverfahren zur Wasser-, Abwasser- und Schlammuntersuchung „Bestimmungen der spontanen Sauerstoffzehrung (G 24)“ 17. Lieferung; 1986

100 mg/l

Für vorstehend nicht aufgeführte Stoffe werden die Einleitungswerte im Bedarfsfall festgesetzt.

Wird der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung Schmutzwasser von gewerblich oder industriell genutzten Grundstücken oder anderes nicht häusliches Schmutzwasser zugeführt, ist eine qualifizierte Stichprobe vorzusehen. Sie umfasst mindestens fünf Stichproben, die in einem Zeitraum von höchstens zwei Stunden im Abstand von nicht weniger als zwei Minuten entnommen, gemischt werden. Die Mischprobe ist nicht bei den Parametern Temperatur und pH-Wert anzuwenden.

Dabei sind die vorgenannten Grenzwerte einzuhalten. Der Grenzwert gilt auch als eingehalten, wenn die Ergebnisse der letzten fünf im Rahmen der gemeindlichen Überwachung durchgeführten Überprüfungen in vier Fällen diesen Wert nicht überschreiten und kein Ergebnis diesen Wert um mehr als 100% übersteigt.

Überprüfungen, die länger als drei Jahre zurückliegen, bleiben unberücksichtigt.

Die zur Ermittlung der physikalischen und chemischen Beschaffenheit der Abwässer notwendigen Untersuchungen sind nach den Deutschen Einheitsverfahren zur Wasser-, Abwasser- und Schlammuntersuchung in der jeweils gültigen Fassung oder den entsprechenden DIN-Normen des Fachnormenausschusses Wasserwesen im Deutschen Institut für Normen e. V., Berlin, auszuführen.

- (6) Niedrigere als die aufgeführten Einleitungswerte und Frachtenbegrenzungen können im Einzelfall festgesetzt und die Einhaltung der niedrigeren Einleitungswerte kann angeordnet werden, soweit dies nach den Umständen des Falles geboten erscheint, um eine Gefährdung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung, die Beeinträchtigung der Benutzbarkeit der Einrichtung oder einer Erschwerung der Abwasserbehandlung sowie der landwirtschaftlichen Fäkal- oder Klärschlammverwertung zu verhüten. Das Einleiten oder Einbringen von Stoffen, die die niedrigeren Einleitungswerte überschreiten, fällt im Geltungsbereich der Anordnung unter das Einleitungsverbot nach Absatz 5. Höhere Einleitungswerte können im Einzelfalle - nur unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs - zugelassen werden, wenn nach den Besonderheiten des Falles die schädlichen Stoffe und Eigenschaften der Abwässer innerhalb dieser Grenzen für die öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung vertretbar sind.

- (7) Es ist unzulässig, entgegen den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik Abwasser zu verdünnen oder zu vermischen, um Einleitungsverbote zu umgehen oder die Einleitungswerte zu erreichen. Dies gilt in Bezug auf den Parameter Temperatur nicht.

- (8) Ist damit zu rechnen, dass das anfallende Schmutzwasser nicht den Anforderungen gem. den vorstehenden Regelungen entspricht, kann gefordert werden, dass geeignete Vorbehandlungsanlagen und Rückhaltungsmaßnahmen zu erstellen sind.
- (9) Werden der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtung von einem Grundstück Stoffe oder Abwässer i. S. d. Abs. 4 - 6 unzulässigerweise zugeführt, ist die Gemeinde Twedt berechtigt, auf Kosten des Grundstückseigentümers die dadurch entstehenden Schäden der Abwasserbeseitigungseinrichtung zu beseitigen, Untersuchungen und Messungen des Abwassers vorzunehmen und selbsttätige Messgeräte mit den dafür erforderlichen Kontrollschächten einbauen zu lassen.

§ 6

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, sein Grundstück an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf dem Grundstück anfällt und dieses durch eine Straße erschlossen ist, in der ein betriebsfertiger Abwasserkanal mit Anschlusskanal zu seinem Grundstück vorhanden ist (Anschlusszwang).
- (2) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, das gesamte auf dem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang).
- (3) In den nach dem Trennsystem entwässerten Bereichen sind das Schmutz- und Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Kanälen zuzuführen.
- (4) Bei Neu- und Umbauten muss der Anschluss vor der Benutzung der baulichen Anlage hergestellt sein. Ein Anzeige- und Abnahmeverfahren nach § 8 ist durchzuführen.
- (5) Wird der öffentliche Abwasserkanal erst nach der Errichtung einer baulichen Anlage hergestellt, so ist das Grundstück binnen 4 Wochen anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung oder Mitteilung an den Anschlussberechtigten angezeigt ist, daß das Grundstück angeschlossen werden kann. Eine Abnahme nach § 8 Abs. 3 ist durchzuführen.
- (6) Den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer spätestens eine Woche vor der Außerbetriebnahme des Anschlusses der Gemeinde Twedt mitzuteilen. Diese verschließt die Anschlussleitung auf Kosten des Anschlussnehmers, wenn dies erforderlich ist.

§ 7

Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Bei der zentralen öffentlichen Abwasseranlage kann die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang auf Antrag gewährt werden, wenn der Anschluss des Grundstückes für den Grundstückseigentümer unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gemeinwohls unzumutbar ist und die Befreiung wasserwirtschaftlich unbedenklich ist. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Aufforderung zum Anschluss bei der Gemeinde Twedt zu stellen. Wird die Befreiung ausgesprochen, besteht für das Grundstück hinsichtlich der Schmutzwasserbeseitigung die Verpflichtung zum Anschluss und zur Benutzung der Grundstückskläranlage.
- (2) Die Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang kann unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs oder befristet ausgesprochen werden.

§ 8

Anzeige, Anschlussgenehmigung, Abnahmeverfahren

- (1) Die Herstellung oder Änderung von Anschlussleitungen und -einrichtungen ist der Gemeinde Twedt schriftlich anzuzeigen und bedarf der Anschlussgenehmigung durch die Gemeinde Twedt. Anschlussleitungen sind nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik herzustellen und zu betreiben.

- (2) Die Anzeige muss eine zeichnerische Darstellung enthalten, aus der Anzahl, Führung, lichte Weite und technische Ausführung der Anschlussleitungen sowie die Lage der Kontrollschächte hervorgehen. Sie ist zu unterschreiben und in zweifacher Ausfertigung bei der Gemeinde Twedt einzureichen.
- (3) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage darf erst erfolgen, nachdem die Gemeinde Twedt die Anschlussleitung und den Kontrollschacht abgenommen und die Anschlussgenehmigung erteilt hat. Bei der Abnahme müssen die Anlagen sichtbar und gut zugänglich sein. Durch die Abnahme übernimmt die Gemeinde Twedt keine zivilrechtliche Haftung für die fehlerfreie und vorschriftsmäßige Ausführung der Anlagen.
- (4) Für das bauaufsichtliche Verfahren gelten im übrigen die landesrechtlichen Bestimmungen.

II. Abschnitt Besondere Bestimmungen für zentrale Abwasseranlagen

§ 9 Anschlusskanal

- (1) Jedes Grundstück muss einen eigenen, unmittelbaren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage haben. Die Lage und lichte Weite des Anschlusskanals und die Anordnung der Revisionsschächte bestimmt die Gemeinde Twedt.
- (2) Die Gemeinde Twedt kann ausnahmsweise den Anschluss mehrerer Grundstücke an einen gemeinsamen Anschlusskanal zulassen. Diese Ausnahme setzt voraus, dass die beteiligten Grundstückseigentümer die Verlegung, Unterhaltung und Benutzung der Grundstücksentwässerungsanlagen auf dem jeweils fremden Grundstück grundbuchlich oder durch Eintragung einer Baulast gesichert haben.
- (3) Die Gemeinde Twedt lässt den Anschlusskanal für die Schmutzwasserbeseitigung herstellen (siehe auch § 2 Abs.4).
- (4) Ergeben sich bei der Ausführung der Anschlusskanäle unvorhersehbare Schwierigkeiten, die auch ein Abweichen von dem genehmigten Plan erfordern können, so hat der Grundstückseigentümer den dadurch für die Anpassung seiner Grundstücksentwässerungsanlage entstehenden Aufwand zu tragen. Der Grundstückseigentümer kann keine Ansprüche geltend machen für Nachteile, Erschwernis und Aufwand, die durch solche Änderungen der Anschlusskanäle beim Bau und beim Betrieb der Grundstücksentwässerungsanlage entstehen.
- (5) Die Gemeinde Twedt hat den Anschlusskanal zu unterhalten und bei Verstopfung zu reinigen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer, wenn die Reinigung und die Unterhaltung durch sein Verschulden erforderlich geworden ist.
- (6) Der Grundstückseigentümer darf den Anschlusskanal nicht ohne Genehmigung der Gemeinde Twedt verändern oder verändern lassen.

§ 10 Grundstücksentwässerungsanlage

- (1) Die Entwässerungsanlage auf dem anzuschließenden Grundstück ist von dem Grundstückseigentümer nach den jeweils geltenden Regeln der Technik, insbesondere gem. DIN 1986 und nach den Bestimmungen dieser Satzung auf eigene Kosten zu errichten und zu betreiben. Ist für das Ableiten der Abwässer in den Anschlusskanal ein natürliches Gefälle nicht vorhanden oder besteht Rückstaugefahr, die durch eine Rückstausperrvorrichtung nicht sicher beseitigt werden kann, so muss eine Abwasserhebeanlage, die den Anforderungen der DIN 1986 genügen muss, eingebaut werden.
- (2) Die Verfüllung von Rohrgräben hat nach DIN 18300 zu erfolgen. Die Herstellung von Rohrgräben, das Verlegen des Hausanschlusses bis zum Revisionsschacht sowie das Verfüllen der Rohrgräben muss sach- und fachgerecht erfolgen.

- (3) Die Grundstücksentwässerungsanlage darf erst nach ihrer Abnahme durch die Gemeinde Twedt in Betrieb genommen werden. Bis zur Abnahme dürfen Rohrgräben nicht verfüllt werden. Werden bei der Abnahme Mängel festgestellt, so sind diese innerhalb einer zu stellenden Frist zu beseitigen. Die Abnahme befreit den Grundstückseigentümer nicht von seiner Haftung für den ordnungsgemäßen Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage.
- (4) Die Grundstücksentwässerungsanlage ist stets in einem einwandfreien und betriebsfähigen Zustand zu erhalten. Werden Mängel festgestellt, so kann die Gemeinde Twedt fordern, dass die Grundstücksentwässerungsanlage auf Kosten des Grundstückseigentümers in den vorschriftsmäßigen Zustand gebracht wird.
- (5) Entsprechen vorhandene Grundstücksentwässerungsanlagen nicht oder nicht mehr den jeweils geltenden Bestimmungen im Sinne des Abs. 1, so hat sie der Grundstückseigentümer auf Verlangen der Gemeinde auf eigene Kosten entsprechend anzupassen. Für die Anpassung ist dem Grundstückseigentümer eine angemessene Frist einzuräumen. Der Grundstückseigentümer ist zur Anpassung auch dann verpflichtet, wenn Änderungen an der öffentlichen Abwasseranlage das erforderlich machen. Die Anpassungsmaßnahmen bedürfen der Genehmigung durch die Gemeinde Twedt.

§ 11

Überwachung der Grundstücksentwässerungsanlage

- (1) Die Gemeinde Twedt oder seinen Beauftragten ist zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage oder zur Beseitigung von Störungen nach Absprache Zutritt zu dieser Anlage, zu den Abwasservorbehandlungsanlagen und zu den Abwasseranfallstellen zu gewähren. Sie sind berechtigt, notwendige Maßnahmen anzuordnen, insbesondere das eingeleitete oder einzuleitende Abwasser zu überprüfen und Proben zu entnehmen.
- (2) Alle Teile der Grundstücksentwässerungsanlage, insbesondere Vorbehandlungsanlagen, Abwasserbehandlungsanlagen, Revisionsschächte, Rückstauverschlüsse sowie Abwasserbehandlungsanlagen müssen zugänglich sein.
- (3) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, alle zur Prüfung der Grundstücksentwässerungsanlage erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 12

Sicherung gegen Rückstau

- (1) Rückstauenebene ist die Straßenoberfläche vor dem anzuschließenden Grundstück. Unter dem Rückstau liegende Räume, Schächte, Schmutzwasserabläufe usw. müssen nach den technischen Bestimmungen für den Bau von Grundstücksentwässerungsanlagen gem. DIN 1986 gegen Rückstau gesichert sein. Die Sperrvorrichtungen sind dauernd geschlossen zu halten und dürfen nur bei Bedarf geöffnet werden.
- (2) Wo die Absperrvorrichtungen nicht dauernd geschlossen sein können oder die angrenzenden Räume unbedingt gegen Rückstau geschützt werden müssen, z.B. Wohnungen, gewerbliche Räume, Lagerräume für Lebensmittel oder andere wertvolle Güter, ist das Schmutzwasser nach Maßgabe der Ziff. 7 der DIN 1986 mit einer automatisch arbeitenden Abwasserhebeanlage bis über die Rückstauenebene zu heben.

III. Abschnitt Schlussvorschriften

§ 13

Maßnahmen an der öffentlichen Abwasseranlage

- (1) Einrichtungen öffentlicher Abwasseranlagen dürfen nur von Beauftragten der Gemeinde Twedt oder mit Zustimmung der Gemeinde Twedt betreten werden. Eingriffe an öffentlichen Abwasseranlagen sind unzulässig.

§ 14 Anzeigepflichten

- (1) Entfallen für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschlusszwanges (§ 6 Abs. 1), so hat der Grundstückseigentümer dies unverzüglich der Gemeinde Twedt mitzuteilen.
- (2) Gelangen gefährliche oder schädliche Stoffe in eine der Abwasseranlagen, so ist die Gemeinde Twedt unverzüglich zu unterrichten.
- (3) Der Grundstückseigentümer hat Betriebsstörungen oder Mängel am Anschlusskanal unverzüglich der Gemeinde Twedt mitzuteilen.
- (4) Wechselt das Eigentum an einem Grundstück, so hat der bisherige Eigentümer die Rechtsänderung unverzüglich der Gemeinde schriftlich mitzuteilen. Zu dieser Mitteilung ist auch der neue Grundstückseigentümer verpflichtet.
- (5) Wenn Art und Menge des Abwassers sich erheblich ändern, z.B. bei Produktionsumstellungen, so hat der Grundstückseigentümer dies unverzüglich der Gemeinde mitzuteilen.

§ 15 Altanlagen

- (1) Anlagen, die vor dem Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage der Beseitigung des auf dem Grundstück anfallenden Abwassers dienen, die nicht als Bestandteil der angeschlossenen Grundstücksentwässerungsanlage genehmigt sind, hat der Grundstückseigentümer innerhalb von 3 Monaten auf seine Kosten so herzurichten, dass sie für die Aufnahme oder Ableitung nicht mehr genutzt werden können.
- (2) Ist ein Grundstück nicht mehr zu entwässern, schließt die Gemeinde Twedt den Anschluss auf Kosten des Grundstückseigentümers.

§ 16 Vorhaben des Bundes und des Landes

- (1) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten auch für Vorhaben des Bundes und des Landes, soweit dem gesetzlichen Regelungen nicht entgegenstehen.

§ 17 Befreiungen

- (1) Die Gemeinde Twedt kann von den Bestimmungen dieser Satzung, soweit sie keine Ausnahmen vorsehen, Befreiung erteilen, wenn die Durchführung dieser Bestimmungen im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Befreiung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist.
- (2) Die Befreiung kann unter Bedingungen und Auflagen sowie befristet erteilt werden. Sie steht unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs.

§ 18 Haftung

- (1) Für Schäden, die durch satzungswidrige Benutzung oder satzungswidriges Handeln entstehen, haftet der Verursacher. Dies gilt insbesondere, wenn entgegen dieser Satzung schädliche Abwässer oder sonstige Stoffe in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet werden. Ferner hat der Verursacher die Gemeinden von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere deswegen bei ihr geltend machen.

- (2) Der Grundstückseigentümer haftet außerdem für alle Schäden und Nachteile, die die Gemeinde Twedt durch den mangelhaften Zustand der Grundstücksentwässerungsanlage, ihr vorschriftswidriges Benutzen und ihr nicht sachgemäßes Bedienen entstehen.
- (3) Wer durch Nichtbeachtung der Vorschriften dieser Satzung, insbesondere § 5, die Erhöhung der Abwasserabgabe (§ 9 Abs. 5 Abwasserabgabengesetz (AbwAG)) verursacht, hat der Gemeinde Twedt den erhöhten Betrag der Abwasserabgabe zu erstatten.
- (4) Mehrere Verursacher haften als Gesamtschuldner.
- (5) Bei Überschwemmungsschäden als Folge von
 1. Rückstau in der öffentlichen Abwasseranlage, z.B. Hochwasser, Wolkenbrüche, Frostschäden oder Schneeschmelze;
 2. Betriebsstörungen, z.B. Ausfall eines Pumpwerkes;
 3. Behinderungen des Abwasserflusses z.B. bei Kanalbruch oder Verstopfung;
 4. zeitweiliger Stilllegung der öffentlichen Abwasseranlage, z.B. bei Reinigungs- arbeiten im Straßenkanal oder Ausführung von Anschlussarbeiten

hat der Grundstückseigentümer einen Anspruch auf Schadenersatz nur, soweit die eingetretenen Schäden von der Gemeinde Twedt schuldhaft verursacht worden sind. Anderenfalls hat der Grundstückseigentümer der Gemeinde Twedt von allen Ersatzansprüchen freizustellen, die andere deswegen bei ihr geltend machen.

§ 19 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 144 Abs. 2 LWG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 1. § 6 Abs. 1 sein Grundstück nicht rechtzeitig an die öffentliche Abwasseranlage anschließen lässt;
 2. § 6 Abs. 2 das bei ihm anfallende Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage ableitet;
 3. § 8 erforderlichen Genehmigungen nicht einholt;
 4. § 8 den Anschluss seines Grundstücks an die öffentliche Abwasseranlage nicht beantragt;
 5. § 5 Abs. 2 Abwasser einleitet;
 6. § 10 Abs. 3 die Grundstücksentwässerungsanlage oder auch Teile hiervon vor der Abnahme in Betrieb nimmt oder Rohrgräben vor der Abnahme verfüllt;
 7. § 10 Abs. 4 die Entwässerungsanlage seines Grundstücks nicht Ordnungsgemäß betreibt;
 8. § 11 Beauftragten der Gemeinde nicht ungehindert Zutritt zu allen Teilen der Grundstücksentwässerungsanlage gewährt;
 9. § 11 Abs. 3 die erforderlichen Auskünfte nicht erteilt;
 10. § 13 die öffentliche Abwasseranlage betritt oder sonstige Maßnahmen an ihr vornimmt;
 11. § 14 seine Anzeigepflichten nicht oder nicht unverzüglich erfüllt.
- (2) Ordnungswidrig nach § 134 Abs. 5 GO handelt, wer dem Anschluss- und Benutzungszwang nach § 6 zuwiderhandelt.
- (3) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 € geahndet werden.

§ 20 Beiträge, Gebühren und Kostenerstattungen

- (1) Für die Herstellung, Erweiterung, Verbesserung, Erneuerung und die Benutzung der öffentlichen Abwasserbeseitigungseinrichtungen werden nach besonderen Rechtsvorschriften einmalige Anschlussbeiträge, laufende Benutzungsgebühren erhoben und Erstattungsbeträge gefordert.
- (2) Für die Genehmigung von Grundstücksentwässerungsanlagen werden Verwaltungsgebühren nach der Satzung des Amtes Südangeln über die Erhebung von Verwaltungsgebühren in der jeweils gültigen Fassung erhoben.

§ 21

Datenverarbeitung

- (1) Zur Ermittlung der Anschlussberechtigten und Anschlussverpflichteten nach dieser Satzung ist in der Regel die Erhebung folgender personenbezogener Daten zulässig:
 - a) Grundstückseigentümerinnen / Grundstückseigentümer
 - b) Künftige Grundstückseigentümerinnen / Grundstückseigentümer
 - c) Anschriften von derzeitigen und künftigen Grundstückseigentümerinnen / Grundstückseigentümer
 - d) Daten für die Erteilung einer Anschlussgenehmigung oder Änderungsgenehmigung.
 - e) Lageplan über die Grundstücksentwässerungsanlage einschließlich Lage der Kontrollschächte
 - f) Einleitungswerte
 - g) Informationen über Mängel bzw. Schäden an der Anlage

- (2) Das Amt Südangeln ist für die Gemeinde Twedt berechtigt, die zur Ermittlung der Anschlussberechtigten und Anschlussverpflichteten nach dieser Satzung sowie zum Aufbau einer Anlagenmängeldatei / Schadensdatei gem. Abs. 1 genannten Daten nach den Vorschriften der Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 lit. e.), Abs. 3 Satz 2 Var. 3 Datenschutz-Grundverordnung, § 3 Abs. 1 Schleswig-Holsteinisches Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten in Verbindung mit § 4 Abs. 1 und 2 Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO), § 30 Abs. 3 Sätze 1 und 4 des Wassergesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LWG) und § 9 Abs. 5 des Abwasserabgabengesetzes (AbwAG), zu verarbeiten.

- (3) Das Amt Südangeln speichert für die Gemeinde Twedt die genannten Daten für Erteilung von Anschlussgenehmigungen, Änderungsgenehmigungen und zur Kontrolle der Einhaltung der erlaubten Einleitungswerte gemäß dieser Satzung. Nach Erteilung einer Genehmigung wird der gesamte abgeschlossene Vorgang einschließlich der personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von 30 Jahren beginnend ab dem 01. Januar des auf die Erteilung der Anschlussgenehmigung folgenden Jahres aufbewahrt. Daten für die Kontrolle der Einhaltung der erlaubten Einleitungswerte werden ebenfalls nach Abschluss für einen Zeitraum von 30 Jahren beginnend ab dem 01. Januar des auf den Abschluss der Kontrolle folgenden Jahres aufbewahrt.

§ 22 Übergangsregelung

- (1) Die vor Inkrafttreten der Satzung eingeleiteten Genehmigungsverfahren werden nach den Vorschriften dieser Satzung weitergeführt.

- (2) Soweit mit dem Inkrafttreten dieser Satzung die Anschlussvoraussetzungen gegeben sind und das Grundstück noch nicht an eine öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung angeschlossen ist, ist der Entwässerungsantrag gem. § 8 dieser Satzung spätestens drei Monate nach ihrem Inkrafttreten einzureichen.

§ 23 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am 01.10.2019 in Kraft.
- (2) Die Abwassersatzung vom 30.09.1999 tritt gleichzeitig außer Kraft.

Twedt, den 04.09.2019

(Siegel)

Bürgermeister
Alexander Schmidt

1. Nachtrag zur SATZUNG

über die Erhebung von Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Süderfahrenstedt vom 09.04.2015

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) der §§ 1, 2, 4, 6 und § 18 Absatz 2 Nummer 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG), des § 31 des Wassergesetzes des Landes Schleswig-Holstein (Landeswassergesetz), der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes (AG-AbwAG) und des § 23 der Abwassersatzung der Gemeinde Süderfahrenstedt vom 09.04.2015 – jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung – wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung Süderfahrenstedt vom 05.09.2019 folgende Satzung erlassen:

§ 1

§ 4 (Erhebungszeitraum) erhält folgende Fassung:

Erhebungszeitraum bzw. Abrechnungsjahr ist

- (1) ab 01.10.2019 die Zeit vom 01.10.2019 bis 31.12.2020
- (2) ab 01.01.2021 die Zeit vom 01.01. bis 31.12. eines Jahres.

§ 2

§ 8 (Gebührensatz) erhält folgende Fassung:

- (1) Die Grundgebühr wird für den betriebsfertigen Hausanschluss eines Grundstückes erhoben. Sie beträgt monatlich 9,00 € je Wasserzähler.
- (2) Die Zusatzgebühr beträgt 2,59 € / je m³ Schmutzwasser.

§ 3

Diese Satzung tritt zum 01.10.2019 in Kraft.

Süderfahrenstedt, den 10.09.2019

(Siegel)

Johann Thomsen
Bürgermeister

Nachtragstagesordnung

Sitzung der Gemeindevertretung Struxdorf

Gremium: Gemeindevertretung Struxdorf

Sitzungstermin: Mittwoch, 18.09.2019, 20:00 Uhr

Ort, Raum: Dörps- und Schüttenhus, Hollmühle 37, 24891 Struxdorf

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Bericht des Bürgermeisters
- 4 Berichte der Ausschussvorsitzenden
- 5 Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenkalkulation für die Schmutzwasserbeseitigung der Gemeinde Struxdorf für den Zeitraum 01.10.2019 bis 31.12.2020 und die 1. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Struxdorf **VO/2019/1815**
- 6 Beratung und Beschlussfassung über die Vergabe von Grundstücken **VO/2019/1830**
- 7 Bericht über die geleisteten unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) **VO/2019/1844**
- 8 Beratung und Beschlussfassung über einen Vertrag zwischen der Gemeinde Struxdorf und der Arup-Boholz-Wind GmbH **Vorlage wird nachgereicht**
- 9 Beratung und Beschlussfassung über Umbaumaßnahmen an der Wohnung Dorfstraße zur Herrichtung der Räume für die Freiwillige Feuerwehr Struxdorf im Rahmen der korrigierten Kostenschätzung von Herrn Bendzuck **Anlage**
- 10 Verschiedenes



Einladung

zur Sitzung der Gemeindevertretung Klappholz

Sitzungstermin: Donnerstag, 19.09.2019, 20:00 Uhr

Ort, Raum: Bürgerhaus, Dorfstraße 9, 24860 Klappholz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
2. Beratung und Beschlussfassung über den Abschluss eines städtebaulichen Vertrages **VO/2019/1801**
3. Bebauungsplan Nr. 4 "Sondergebiet Lohnunternehmen"
hier: Aufstellungsbeschluss **VO/2019/1802**
4. Bebauungsplan Nr. 3 "Dorfstraße"
hier: Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen
Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger
öffentlicher Belange, Satzungsbeschluss **VO/2019/1851**
**Vorlage wird
nachgereicht**
5. Bericht der Bürgermeisterin
6. Bericht der Ausschussvorsitzenden
7. Einwohnerfragestunde
8. Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe Umrüstung
Straßenbeleuchtung auf LED-Technik (Nachholbeschluss) **VO/2019/1766**
9. Bericht über die geleisteten unerheblichen über- und außerplanmäßigen
Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung
(GO) **VO/2019/1852**
10. Sachstand zum Projekt "Erweiterung Freizeitplatz am Bürgerhaus"
11. Verschiedenes

Voraussichtlich nichtöffentlicher Teil

12. Personalangelegenheiten

Öffentlicher Teil

13. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Mit freundlichem Gruß

gez. Dörte Albrecht
Bürgermeisterin



Einladung

Sitzung der Gemeindevertretung Idstedt

Sitzungstermin: Montag, 23.09.2019, 19:30 Uhr

Ort, Raum: Sportschützenheim, Am Sportplatz, 24879 Idstedt

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Berichte der Ausschussvorsitzenden
5. Vorstellung Schützenheim und Darstellung der Problematik Neubau
6. Vorstellung Klärwerk, Qualität des Wassers - Stadtwerke
BE: noch nicht bekannt
7. Beratung und Beschlussfassung über die Auftragsvergabe zur Erarbeitung eines Ortskernentwicklungskonzeptes **VO/2019/1847**
8. Aufhebungsvertrag bezüglich des Wegenutzungsvertrages mit den Stadtwerken Schleswig **VO/2019/1778**
9. Bericht über die geleisteten unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) **VO/2019/1853**
10. Beratung und Beschlussfassung über die Aufhebungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen für den Ausbau und Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen (Ausbaubeitragssatzung) **VO/2019/1855**
11. Beratung und Beschlussfassung über die Entscheidung zweier Anträge zur Befreiung von der Straßenreinigungspflicht **VO/2019/1854**
12. Verschiedenes

Mit freundlichem Gruß
gez. Erhard Heuseler
Bürgermeister



Mitteilungsblatt

Toft 7, 24860 Böklund

☎ Bürgermeister 04622 188 014

☎ Amtsverwaltung 04623 78-0
Telefax 04623 78-400

Böklund, den 13.09.2019

Einladung

zur Sitzung der Gemeindevertretung Brodersby-Goltoft

Sitzungstermin: Mittwoch, 25.09.2019, 19:30 Uhr

Ort, Raum: "CaféZeit", Teichstraße 4, 24864 Brodersby-Goltoft

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Berichte der Ausschussvorsitzenden
5. Aufhebungsvertrag bezüglich des Wegenutzungsvertrages mit den Stadtwerken Schleswig **VO/2019/1777**
6. Beratung und Beschlussfassung über die Satzung über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Brodersby-Goltoft im Ortsteil Goltoft **Vorlage wird nachgereicht**
7. Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenkalkulation für die Schmutzwasserbeseitigung im Ortsteil Goltoft der Gemeinde Brodersby-Goltoft für den Zeitraum 01.10.2019 bis 31.12.2020 und die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Brodersby-Goltoft im Ortsteil Goltoft ab 01.10.2018 **VO/2019/1820**

8. Beratung und Beschlussfassung über die Gebührenkalkulation für die Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Brodersby-Goltoft für den Ortsteil Geel für den Zeitraum 01.10.2019 bis 31.12.2020 und die 2. Nachtragsatzung zur Gebührensatzung zur Satzung über den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage der Gemeinde Brodersby-Goltoft für den Ortsteil Geel **VO/2019/1821**

9. Bericht über die geleisteten unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) **VO/2019/1849**

10. Verschiedenes

Voraussichtlich nichtöffentlicher Teil

11. Beratung und Beschlussfassung über einen Zuschussantrag (Nachholbeschluss) **VO/2019/1798**

Öffentlicher Teil

12. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Mit freundlichem Gruß

gez. Heinz-Erich Puzich
- Bürgermeister -

Schulverband Auenwaldschule Böklund
Der Schulverbandsvorsteher
- Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung -



SCHULVERBAND
Auenwaldschule Böklund

Schulverband Auenwaldschule * Postfach 11 52 * 24858 Böklund

Mitteilungsblatt

Geschäftsführung Amt Südangeln
Toft 7, 24860 Böklund

☎ Amtsverwaltung 04623 78-0
☎ Frau Stallbaum 04623 78-411
Telefax 04623 78-400

☎ Ausschusvors. 04623 187 766

Böklund, den 11.09.2019

Einladung

zu einer **Sitzung des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung des Schulverbandes Auenwaldschule Böklund**

Sitzungstermin: Montag, 23.09.2019, 18:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 201, Ebene 2, der Amtsverwaltung, Toft 7, 24860 Böklund

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
2. Prüfung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018
3. Verschiedenes

VO/2019/1826

Mit freundlichem Gruß

gez. Ralf Gebhardt
Ausschussvorsitzender

Gemeinde Twedt
Der Bürgermeister
- Bau- und Wegeausschuss -



Gemeinde Twedt * Postfach 11 52 * 24858 Böklund

Mitteilungsblatt

Toft 7, 24860 Böklund

☎ Amtsverwaltung 04623 78-0
Telefax 04623 78-400

☎ Bürgermeister 04622 189 227
☎ Ausschussvors. 04622 21 13

Böklund, den 10.09.2019

Einladung

zu einer **Sitzung des Bau- und Wegeausschusses der Gemeinde Twedt**

Sitzungstermin: Dienstag, 24.09.2019, 19:00 Uhr

Ort, Raum: Bürgerhaus, Alte Landstraße 7, 24894 Twedt

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Bericht des Ausschussvorsitzenden
4. Beratung und Beschlussfassung über den Vorentwurf zum Flächennutzungsplan der Gemeinde Twedt
BE: Britta Gutknecht, Planungsbüro ProRegion (Flensburg)
5. Sachstandsbericht Orts(kern)entwicklungskonzept
6. Umbau und Erweiterung des Twedter Bürgerhauses
7. Spielplatz am Bürgerhaus
8. Verschiedenes

Mit freundlichem Gruß

gez. Stefan Matthiesen
Ausschussvorsitzender